

# Auf nach Washington

Nicht residierende Botschaft wird in residierende Botschaft umgewandelt

Damit Liechtenstein im geopolitischen Zentrum Washington in Zukunft effektiv vertreten ist, wird die nicht residierende Botschaft in Washington mit Sitz in New York in eine residierende Botschaft umgewandelt. Der Landtag hat dem entsprechenden Regierungsantrag einhellig zugestimmt.

Martin Frommelt

Sowohl seitens der FDP wie auch der VU-Fraktion wurde die Wichtigkeit dieser Massnahme ausnahmslos gewürdigt. Renate Wohlwend (FDP) sprach von einem «Meilenstein in der Aussenpolitik». Alois Beck (FBP) wies auf die Bedeutung von

Washington hin: «Die Welt hat in geopolitischer Hinsicht in den letzten Jahren, insbesondere seit dem Fall des Eisernen Vorhangs oder den Ereignissen des 11. September, grundlegende Veränderungen erfahren». Beck weiter: «Informationen und Analysen über aktuelle und mögliche künftige Entwicklungen werden nicht nur für die bilaterale Zusammenarbeit, sondern auch für die gesamte Aussenpolitik des Fürstentums enorme Bedeutung haben.» Schliesslich begrüsst Beck auch die von der Regierung geplante Umwandlung der nicht residierenden Botschaft in Berlin in eine residierende sowie den für die Jahre 2003/2004 vorgesehenen Ausbau des Honorarkonsulwesens.

Auch Landtagsvizepräsident Peter Wolff (VU) begrüsst den Schritt voll-

auf und räumte ein, dass die Regierung Frick vor zwei Jahren wohl zu ängstlich war, als «nur» eine nicht residierende Botschaft in Washington vorgeschlagen wurde. Zweifel äusserte Wolff am Ausbau des Honorarkonsulwesens. Es sei nicht das Gleiche, ob jemand als Honorarkonsul in Liechtenstein oder in grossen auswärtigen Ländern tätig sei.

## Beziehungsnetz und Frühwarnsystem

Aussenminister Ernst Walch führte dazu aus, dass hier nicht notwendigerweise an ein klassisches Honorarkonsulwesen gedacht sei: «Es geht darum, ein geeignetes Modell zu finden, um den Kontakt zu verschiedenen Staaten auf effiziente Weise zu erhöhen, ein Beziehungsnetz aufzustellen und ein

Frühwarnsystem zu errichten». Für die mit der Errichtung der residierenden Botschaft in Washington verbundenen Kosten hat der Landtag für das laufende Jahr einen Nachtragskredit von 260 000 Franken einstimmig genehmigt.

## Vorerst keine Nummer 2

Aussenminister Ernst Walch äusserte sich über die zustimmenden Voten aus dem Plenum sehr erfreut. Auf eine Frage des VU-Abgeordneten Ivo Klein erwiderte der Aussenminister, dass ein weiterer Ausbau der Botschaft in Washington zumindest bis 2004 nicht geplant sei. Dem Grundsatz-Beschluss der Vorgängerregierung, jede Mission auch mit einer Nummer 2 zu besetzen, wolle man im Falle Washington wohl 2005 nachkommen.

## Zustupf für Elektromotorfahrzeuge

Wer künftig ein Elektromotorfahrzeug kauft oder schon eines besitzt, bekommt vielleicht vom Land finanzielle Unterstützung. Die entsprechende Initiative des FL-Abgeordneten Paul Vogt fand im Landtag breite Zustimmung. Der Gesetzesvorschlag wurde bereits in erster Lesung behandelt.



Der FL-Abgeordnete Paul Vogt will mit seiner Initiative den Kauf von Elektro-leichtmotorfahrzeugen unterstützen.

Für Paul Vogt war diese Initiative eine kleine Sache. Finanziell hätte dies auf den Staatshaushalt keine grosse Auswirkung. Sein Vorschlag ist es, den Kauf von Elektroleichtmotorfahrzeugen analog zu den Elektrofahrzeugen und Elektroscootern mit 2000 Franken zu unterstützen. Er könne sich allerdings nicht vorstellen, dass es durch diese Unterstützung einen grossen Run auf diese Fahrzeuge geben werde, da sie mit einem Preis von rund 25 000 Franken relativ teuer seien. Ivo Klein, Abgeordneter der VU, regte sogar an, diese bis 350 Kilogramm schweren Elektroautos noch grosszügiger zu subventionieren.

Verschiedene Abgeordnete wollten von Paul Vogt wissen, wie es denn bezüglich einer Öko-Bilanz aussehe. Die Subvention von Elektroscootern mache deshalb Sinn, weil Zweitakt-Motorräder 100-mal mehr Kohlenwasserstoffe ausstossen würden als Personewagen, führte der FDP-Abgeordnete Wendelin Lampert aus. Die Subvention von Leichtmotorfahrzeugen leiste zwar einen Beitrag an die höhere Luftqualität, allerdings ein wesentlich geringerer. Als Vorteil strich Wendelin Lampert jedoch heraus, dass die Leichtmotorfahrzeuge eine Reduktion des Lärms mit sich bringen. (dm)



«Enorme Bedeutung für die gesamte Aussenpolitik des Fürstentums»: Der FDP-Abgeordnete Alois Beck gestern Abend zur Errichtung einer Botschaft in Washington.



Auch Landtagsvizepräsident Peter Wolff begrüsst die Errichtung einer residierenden Botschaft in Washington. (Bilder: Brigitt Risch)

## Grossteil der Aufträge in Liechtenstein vergeben

Interpellationsbeantwortung betreffend das Öffentliche Auftragswesen

Die VU-Interpellanten äusserten sich mehrheitlich zufrieden über die ausführliche Antwort der Regierung. Verschiedene Abgeordnete der VU hatten von der Regierung wissen wollen, wieviele Aufträge wohin vergeben worden waren und wie die Regierung diese Aufträge vergibt. Ausserdem wollten die Interpellanten wissen, wieso es im Fall der Firma AINS (Liechtenstein-Portal) und Accenture (Telekommunikation) nicht zu einer öffentlichen Ausschreibung gekommen sei.

Doris Meier

Im Bericht der Regierung ist nachzulesen, das im Jahr 2001 öffentliche Aufträge im Wert von über 150,4 Millionen Franken vergeben worden sind. In dieser Summe nicht enthalten sind die Gemeinden Schaan, Vaduz, Triesenberg und Planken. Ein grosser Teil der Aufträge unterhalb der EWR/WTO-Schwellenwerte wurden im Inland, nur ein kleiner Teil wurde in die Schweiz vergeben. Allerdings, schreibt die Regierung, dass mehr als die Hälfte dieser Aufträge deshalb in die Schweiz vergeben werden mussten, weil es in Liechtenstein keine entsprechenden Anbieter gab. Oberhalb der EWR/WTO-Schwellenwerte wurden im Jahr 2001 mehr als die Hälfte ins Ausland vergeben. Regierungschef Otmar Hasler begründete dies damit, dass hier die Auftraggeber, wegen den geltenden internationalen Regelungen, einen sehr geringen Handlungsspielraum hätten. Ausserdem sei dieses Bild ein bisschen verfälscht, denn von der Auftragssumme von 44 Millionen verschlinge alleine die Postauto Schweiz AG 12,5 Millionen, erklärte Otmar

Hasler. Dieses Geld fliesse ja über den Liechtensteiner Subunternehmer indirekt wieder ins Land. Der VU-Abgeordnete Hugo Quaderer bemerkte hierzu lobend, dass diese Interpellationsbeantwortung im Allgemeinen ein positives Bild zeige und sich die Auftraggeber ihrer Verantwortung bewusst seien. Der VU-Abgeordnete Walter Vogt merkte an, dass es hier noch interessant zu wissen wäre, wie denn

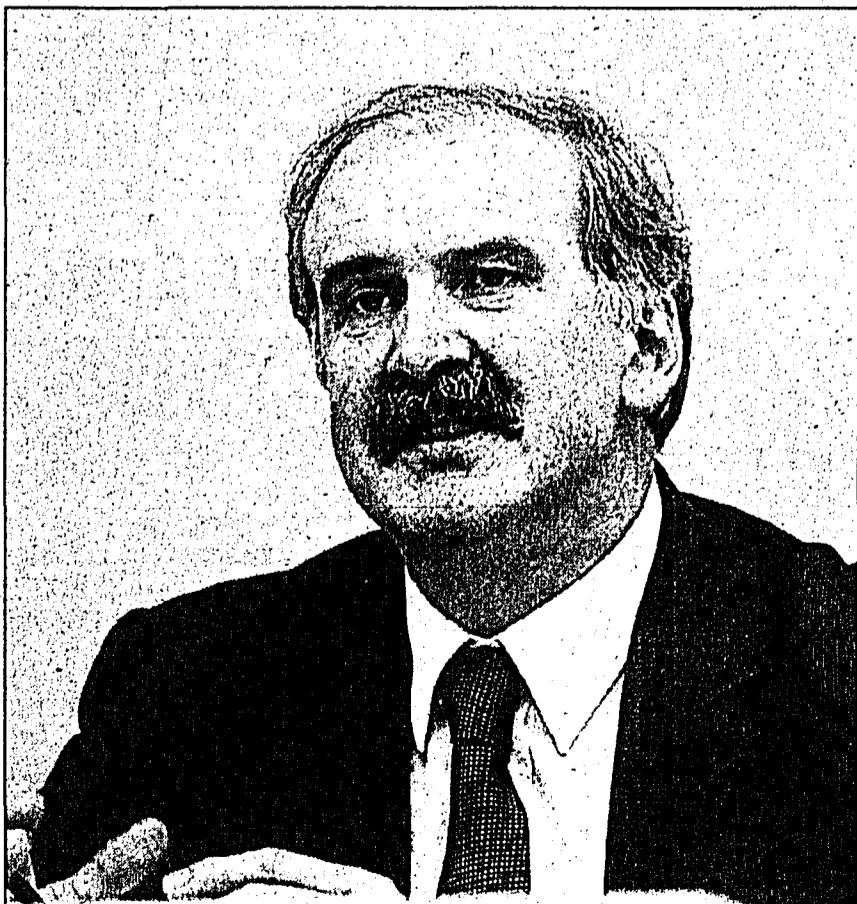
diese Aufträge im Inland vergeben würden. Konkret wollte er wissen, ob einzelne Betriebe mehr und andere gar nie berücksichtigt würden. Otmar Hasler betonte, dass die Regierung versuche, die Aufträge möglichst fair zu vergeben und nicht immer nur die gleichen Betriebe berücksichtige.

## Rechtswidrige Vergabe?

Die Abgeordneten der VU hielten

aber weiter daran fest, dass die Vergabe von Aufträgen an die Firma AINS (Liechtenstein-Portal) und Accenture (Telekommunikation) gesetzwidrig gewesen sei. Otmar Hasler begründete die Arbeitsvergabe an die Firma AINS damit, dass sich Liechtenstein damals in einer schwierigen Zeit befunden habe, und dass die Zeit des Angriffs auch jetzt noch nicht vorüber sei. Durch den internationalen Druck sei es von nationalem Interesse gewesen, möglichst schnell ein Internetportal zu erstellen. «Wir müssen zeigen, wer wir sind, wie unsere Wirtschaft und unser Finanzplatz ausschaut», so Otmar Hasler. Um Zeit zu sparen, hat Liechtenstein die Möglichkeit benutzt, sich an der vom Landesfürsten initiierten Internetplattform zu beteiligen.

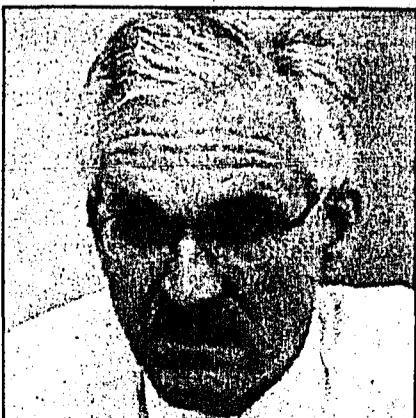
Ebenfalls unter Zeitdruck wurde der Auftrag an die Beratungsfirma Accenture in Zürich vergeben, die es zur Aufgabe hatte, den Telekommunikationsmarkt in Liechtenstein zu restrukturieren. Rita Kieber-Beck betonte, dass eine funktionierende Telekommunikation von nationalem Interesse und vor allem wichtig für einen funktionierenden Wirtschaftsstandort sei. Deswegen habe die Regierung diesbezüglich schnell handeln müssen. Otmar Hasler erklärte ausserdem, dass es in Liechtenstein nicht viele Firmen mit umfassendem Know-how gäbe, und die, die es gäbe, seien zum Teil schon beim Aufbau des alten Telefoniekonstruktes beteiligt gewesen. Accenture sei ein weltweit tätiges und auf den Telekommunikationsmarkt spezialisiertes Unternehmen. Es verfüge ausserdem über eine hervorragende Infrastruktur, das notwendige Know-how und personelle Ressourcen.



Otmar Hasler begründete die Arbeitsvergaben an die Firma AINS (Internetportal) und Accenture (Telekommunikation) mit Zeitdruck. In beiden Fällen sei dringender Handlungsbedarf gegeben gewesen.

## Verkehrspolitik ernst nehmen

Der Landtag hat die VU-Interpellation zum Gesamtverkehrskonzept an die Regierung überwiesen. Bei der Begründung der Interpellation warf der VU-Abgeordnete Peter Sprenger der Regierung Untätigkeit in Sachen Verkehr vor. «17 Monate Stillstand sind ein beklagenswerter Zustand», betonte Sprenger und appellierte an die Regierung, die Verkehrspolitik ernst zu nehmen. Er bemängelte auch, dass die Stabsstelle Verkehrskoordination nach dem Rücktritt von Henrik Caduff jetzt nicht neu besetzt wird. Regierungsrätin Rita Kieber-Beck konnte gestern im Landtag zu den Vorwürfen nicht Stellung nehmen. Sie ist jetzt dazu angehalten, schriftlich die Fragen betreffend Gesamtverkehrskonzept, alternative Strassenführungen und Verkehrsmittel, Kooperation mit den Nachbarstaaten und ähnlichem zu beantworten. (dm)



Der VU-Abgeordnete Peter Sprenger warf der Regierung Untätigkeit in Sachen Verkehr vor.